

Laut Antwort des Regierungsrats auf die Schriftliche Anfrage von Martina Saner betreffend «Kantonsbeiträge an Krankenkassen zur Sicherung der medizinischen Dienstleistungen für Versicherte mit säumigen Prämienzahlungen - Vorschlag für eine günstigere Lösung mit besserer Wirkung» (08.5318.02) betragen die 2007 vom Kanton erbrachten Geldleistungen an die Krankenversicherer für Prämienausstände und nicht bezahlte Kostenbeteiligungen CHF 7,4 Millionen. Die Beantwortung der Schriftlichen Anfrage von Frau Saner lässt noch einige Fragen offen, weshalb ich den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen bitte:

1. Wie hoch ist die Zahl der Versicherten für die der Kanton Prämienausstände und nicht bezahlte Kostenbeteiligungen übernehmen muss?
Falls dazu keine Zahlen vorliegen, weshalb erhebt man diese nicht?
2. Wie schätzt der Regierungsrat die immense Summe von CHF 7,4 Millionen ein?
3. Laut Homepage des Amts für Sozialbeiträge erhalten im Kanton rund 30'000 Personen Prämienverbilligungen. Bei einer horrenden Summe von CHF 7,4 Millionen für das Jahr 2007 muss angenommen werden, dass über die Personen, die Prämienzuschüsse erhalten, hinaus, hunderte von Personen in Basel regelmässig keine Krankenkassenprämien bezahlen. Wie qualifiziert die Regierung diesen Sachverhalt?
4. Ist bei dieser horrenden Summe nicht ein eigentlicher Systemfehler vorhanden?
5. Wie wissen die zuständigen Stellen im Einzelfall, ob die betroffenen Personen tatsächlich nicht in der Lage sind, die Prämien zu bezahlen?
6. Ist für den Fall, dass jemand Sozialhilfeleistungen bekommt, die Zahlung der Krankenkassenprämien sichergestellt? Oder ist es möglich, dass jemand Sozialhilfeleistungen (u.a. anderem auch für die Bezahlung von Krankenkassenprämien) erhält, dann aber in der Folge seine Krankenkassenprämien nicht bezahlt?
7. Anscheinend richten staatliche und private Unterstützungsinstitutionen ein besonderes Augenmerk auf die Bezahlung der Krankenkassenprämien. Weshalb gibt es im Kanton dennoch hunderte von Personen, die ihrer Zahlungspflicht nicht nachkommen?
8. Besteht in unserem Kanton keine Eigenverantwortung für Personen, die ihre Krankenkasse nicht bezahlen?
Falls dies nicht der Fall ist, was tut die Regierung um die Eigenverantwortung bei diesem Thema zu fördern?
9. Welche Position nimmt die Regierung bezüglich der gegenwärtigen Verhandlungen zwischen der Gesundheitsdirektorenkonferenz und den Krankenkassen ein?
10. Wie sieht die sich zwischen der Gesundheitsdirektorenkonferenz und den Krankenkassen abzeichnende Lösung aus? Welches sind die finanziellen Konsequenzen für unseren Kanton für die nächsten Jahre?

Sebastian Frehner